

Antrag Nr. 15

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 185. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 28. Mai 2026

Öffentliche Fördermittel für Erwachsenenbildung und Ausbildungsmaßnahmen von Jugendlichen: Gemeinnütziger Bildungsauftrag statt privater Gewinnabschöpfung

Bildung eröffnet Chancen auf demokratisch-gesellschaftliche Teilhabe, sie ebnet den Weg zu Berufseinstieg und beruflicher Entwicklung. Bildung ist eine wichtige Grundlage für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt.

Öffentlich finanzierte Ausbildungsmaßnahmen von Jugendlichen und die Erwachsenenbildung sind tragende Säulen des Bildungssystems und ebnen den Weg zu lebensbegleitendem Lernen. Neben der individuellen und beruflichen Stärkung der Beschäftigten in Österreich, sind sie gleichzeitig zentrale strategische Elemente zur Fachkräftesicherung und der positiven Entwicklung unserer Volkswirtschaft. Qualitätvolle Bildungsarbeit braucht gut ausgebildetes und motiviertes Personal, didaktisch optimales Lehr- und Lernmaterial sowie eine ausreichende räumliche Infrastruktur. Es ist von besonderer Bedeutung, dass die öffentlichen Mittel in der Erwachsenenbildung und für Ausbildungsmaßnahmen von Jugendlichen effizient, verantwortungsvoll und bedarfsgerecht eingesetzt werden.

In den vergangenen Jahren sind verstärkte Aktivitäten von gewinnorientierten, privaten Bildungsanbietern im Bereich der Erwachsenenbildung und bei Ausbildungsmaßnahmen von Jugendlichen zu beobachten. Insbesondere in Zeiten der Budgetkonsolidierung sollten Steuergelder primär gemeinwohlorientierten Bildungszwecken zugutekommen und nicht zur Maximierung privater Gewinne verwendet werden können. Überschüsse in der gemeinnützigen Bildungsarbeit müssen in die Strukturen der Bildungsinstitutionen reinvestiert und dürfen nicht abgeschöpft werden. Profitinteressen privater Eigentümer:innen oder Gesellschafter:innen müssen in der Förderpolitik mit öffentlichen Mittel hintangestellt werden.

Gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen sind eine wichtige Voraussetzung für die Qualität der Angebote. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse, niedrige Einkommen und fehlende Planungssicherheit beeinträchtigen nicht nur die Attraktivität des Berufsfeldes selbst, sondern auch die Motivation und Leistungsfähigkeit der Mitarbeitenden.

Und schließlich: Eine aus öffentlichen Mitteln finanzierte und somit anbieterneutrale, qualitätsvolle, flächendeckende und kostenlose Bildungs- und Berufsberatung ist ebenso nachhaltig zu sichern und etwaig ausfallende europäische Fördermittel sind im Rahmen einer nationalen Co-Finanzierung auszugleichen!

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert daher die Bundesregierung auf, folgende Forderungen umzusetzen:

- **Bei öffentlichen Ausschreibungen und Förderungen im Bereich von Ausbildungsmaßnahmen von Jugendlichen sowie in der Erwachsenenbildung soll Gemeinnützigkeit ein prioritäres Kriterium sein.**
- **Ausbau des Bestbieterprinzips, bei dem Qualitätskriterien sowie gute Arbeitsbedingungen der Beschäftigten stärker gewichtet werden.**

- Für die Bildungs- und Berufsberatung sollen öffentliche Mittel in ausreichendem Maß und im Sinne der Arbeitnehmer:innen zielgenau eingesetzt werden, um einen flächendeckenden Zugang gewährleisten.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich